

**FD/VD / Postulat Steiner-Kaltbrunn:
Einführung neuer Lohnausweise 2006**

Antrag der Regierung vom 2. November 2004

Nichteintreten.

Begründung: Es erscheint als ausgewiesen, dass die Anpassung bzw. Vereinheitlichung des heutigen Lohnausweises notwendig ist. Bei der Ausgestaltung des neuen Formulars ist einerseits dem Aspekt der gesetzeskonformen Auslegung des Lohnbegriffs und damit der Steuergerichtigkeit Rechnung zu tragen, andererseits soll der administrative Aufwand für die Arbeitgeber möglichst tief gehalten werden. Um diese Ziele mit einander in Einklang zu bringen, wurde das neue Formular in enger Zusammenarbeit mit Vertretern der Wirtschaft erarbeitet. In zahlreichen Verhandlungen wurden die umstrittenen Punkte diskutiert sowie für alle Seiten tragbare Lösungen gesucht und auch gefunden. Die letzten Differenzen sollten in den nächsten Wochen bereinigt werden können.

Unter diesen Umständen teilt die Regierung die Befürchtungen der KMU nicht. Die Entstehungsgeschichte des neuen Lohnausweises zeigt, dass sich sowohl Vertreter der grossen Betriebe als auch der KMU wiederholt und umfassend zu den Entwürfen äussern konnten und ihre Anliegen – soweit mit der Steuergesetzgebung vereinbar – vollumfänglich berücksichtigt wurden. Die Regierung sieht deshalb keinen Grund, die Einführung des neuen Lohnausweises zu verhindern bzw. beim Bundesrat in diesem Sinn zu intervenieren.

Beilage: Wortlaut des Postulates